

Antrag

der Abgeordneten Eugen Schmidt, Carolin Bachmann, Dr. Christina Baum, Barbara Benkstein, Marc Bernhard, Andreas Bleck, Steffen Janich, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Denkmal zur Erinnerung an die Verfolgung und Deportation der Deutschen aus Russland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bereits im 17. Jahrhundert ließen sich tausende deutsche Handwerker, Ärzte und weitere Fachleute in Russland nieder. Ende des 18. Jahrhunderts und zu Beginn des 19. Jahrhunderts siedelten sich hunderttausende Deutsche auf Einladung der Herrscher Russlands in einem eigens zur Verfügung gestellten großen Territorium an der mittleren Wolga und weiteren Teilen des Zarenreiches an. Nach der Volkszählung von 1897 lebten knapp 400.000 Deutsche in dem kompakten Siedlungsgebiet an der Wolga, über eine halbe Million in hunderten verstreut liegenden Siedlungen in der Ukraine und weitere hunderttausende Menschen in den Zentren St. Petersburg und Moskau sowie in verstreuten Dörfern im Kaukasus und Sibirien.¹

Mit dem Ersten Weltkrieg begann eine Zeit der Unterdrückung. Die Verwendung der deutschen Sprache oder auf Deutsch zu unterrichten wurde untersagt. „Versammlungen von Russlanddeutschen wurden verboten; Unternehmen, an denen Deutsche beteiligt waren, wurden aufgelöst; die deutsche Presse wurde verboten; alle deutschen Ortsnamen wurden in russische umbenannt.“²

Mit Beginn der Sowjetherrschaft wurde insbesondere dem wolgadeutschen Gebiet einerseits eine gewisse Autonomie gewährt. Andererseits wurden tausende Deutsche von der „Roten Armee“ zwangsrekrutiert. In den Siedlungsgebieten der vergleichsweise wohlhabenden Deutschen wurden in großer Menge landwirtschaftliche Güter zwangsrequiriert, sogar Saatgetreide. Vereinzelt Aufstände wurden blutig niedergeschlagen, mit womöglich tausenden Opfern. All dies führte in Verbindung mit ausbleibenden Niederschlägen zu einer der schrecklichsten

¹ <https://www.russlanddeutsche.de/de/russlanddeutsche/geschichte/aus-der-geschichte-der-russlanddeutschen.html>

² <https://www.russlanddeutsche.de/de/russlanddeutsche/geschichte/aus-der-geschichte-der-russlanddeutschen.html>. Auch in den USA entlud sich nach Kriegsausbruch ein „Hass auf alles Deutsche“ (<https://www.steiner-verlag.de/Deutsch-Amerikaner-im-Ersten-Weltkrieg/9783515089753>).

Hungerkatastrophen der europäischen Geschichte. Über ein Viertel der wolgadeutschen Bevölkerung verlor durch Unterernährung und die damit verbundenen Seuchen ihr Leben.³ Bis zu 40 Prozent der Kleinkinder kamen ums Leben.⁴ Die Opferzahlen der Deutschen an der Wolga dürften höher liegen als in jedem anderen Gebiet der damaligen Sowjetunion.

Neben den Hungersnöten, die zu Beginn der 1930er Jahre durch die Zwangskollektivierung hervorgerufen wurden, verstärkte sich die politische Repression, denen ethnisch motivierte Säuberungsaktionen folgten. Deutsche wurden tausendfach bezichtigt, „Agenten des faschistischen Regimes“ zu sein. Deutsche in der Ukraine wurden teilweise bereits ab 1935 zwangsumgesiedelt.⁵ Zwischen 1934 und 1939 wurden in manchen deutschen Siedlungen mehr als die Hälfte aller deutschen Männer verhaftet.⁶ Alleine 1937 und 1938 wurden aufgrund des Befehls „Deutsche Operation“ mindestens 52.000 Russlanddeutsche verurteilt und erschossen.⁷ 1938 wurde Deutsch als Unterrichtssprache in den Bildungseinrichtungen verboten.⁸

Nach dem Angriff auf die Sowjetunion wurden von August 1941 bis Januar 1942 fast 900.000 Deutsche aus dem europäischen Teil der Sowjetunion unter unsäglichsten Bedingungen Richtung Osten deportiert, v.a. nach Kasachstan.⁹ Unzählige kamen hierbei ums Leben. Von 1942 bis 1945 mussten über 315.000 Deutsche in der „Arbeitskolonne“ Zwangsarbeit leisten. Das waren 9 % der gesamten Zwangsarbeiter, die dem sowjetischen Geheimdienst NKWD unterstellt waren.¹⁰ Deportation und Arbeitseinsatz dürften über 150.000 Menschenleben gefordert haben.¹¹

Die Deutschen in der Ukraine kamen nach dem Angriff der Wehrmacht unter deutsche Besatzungsherrschaft. 1943/44 wurden sie ins besetzte Polen umgesiedelt. Von dort flohen sie 1944/45 vor den anrückenden sowjetischen Truppen nach Westen. Über 200.000 dieser Deutschen wurde von sowjetischen Behörden gezwungen, in dieselben sowjetischen Gebiete zurückzukehren, in denen sie 1941 gelebt hatten.¹²

Von Sommer 1941 bis 1945 durften die Deutschen in der Sowjetunion ihren zugewiesenen Wohnort ohne Genehmigung nicht verlassen. Von 1945 bis zum Sommer 1956 durften sie die Grenzen ihres Kreises nicht überschreiten. Zuwiderhandlungen wurden mit 20 Jahren Zuchthaus bestraft. Laut Erlass des Obersten Sowjets von 1948 waren die Deutschen „auf ewige Zeiten verbannt“.¹³

³ <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/russlanddeutsche/250039/nationalitaetenpolitik-gegenueber-der-deutschen-minderheit-in-der-sowjetunion-von-1917-bis-zur-perestrojka/>; s. auch <https://mdz-moskau.eu/vor-100-jahren-wie-der-hunger-an-die-wolga-kam/>; <https://bkdr.de/dokument-des-monats-0121/>

⁴ https://www.uni-heidelberg.de/presse/ruca/ruca99_3/eckart.html

⁵ <https://web.archive.org/web/20070607074051/http://www.geschichte.uni-freiburg.de/lehre/lehre/neutatz/Internetprojekt/Hausarbeiten/HA%20Lackmann%20-%20Deportation%20der%20Sowjetdeutschen.pdf>

⁶ <https://www.russlanddeutsche.de/de/russlanddeutsche/geschichte/aus-der-geschichte-der-russlanddeutschen.html>

⁷ <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/russlanddeutsche/>

⁸ <https://www.russlanddeutsche.de/de/russlanddeutsche/geschichte/aus-der-geschichte-der-russlanddeutschen.html>

⁹ Peter Rempel / Dportatsiya nemtsev iz evropeystoj chasti SSSR i turdarniya po „soverchenno sekretnym“ dokumentam NKVD SSSR 1941 – 1944 godov / im Sammelband „Rossijskiye Nemtsy- Problemy istorii, yazyka i saovremennogo polozheniya. Materialy konferentsii – Moskau: Gotik, 1996, S. 69-96

¹⁰ vgl. A. A. Герман, А. Н. Курочкин / Немцы СССР в трудовой армии (1941-1945) – Москва: Готика, 1998. Стр. 68

¹¹ <https://www.russlanddeutsche.de/de/russlanddeutsche/zur-definition.html>; Viktor Krieger, Bundesbürger russlanddeutscher Herkunft: historische Schlüsselerfahrungen und kollektives Gedächtnis, Berlin 2013, S. 11

¹² <https://www.russlanddeutsche.de/de/russlanddeutsche/zur-definition.html>

¹³ <https://www.russlanddeutsche.de/de/russlanddeutsche/geschichte/aus-der-geschichte-der-russlanddeutschen.html>

Am 13. Dezember 1955 trat das Dekret „Über die Aufhebung der Beschränkungen in der Rechtsstellung der Deutschen und ihrer Familienangehörigen, die sich in den Sondersiedlungen befinden“ in Kraft. Danach durften die Deutschen sich wieder frei bewegen, konnten Verwandte und Bekannte besuchen. Es blieb aber verwehrt, in die alten Wohnorte zurückzukehren, sie durften auch keinen Anspruch auf ihr ehemaliges Vermögen erheben. Diese Vorschriften wurden erst 1972 geändert.¹⁴

Mit der inneren Öffnung (seit 1988) und dem Ende der Sowjetunion (1991) wurde es den Russlanddeutschen¹⁵ möglich, in ihre historische Heimat, nach Deutschland, zurückzukehren. Seitdem kamen etwa 2,4 Millionen Deutsche aus den Nachfolgestaaten der UdSSR als Aussiedler bzw. Spätaussiedler nach Deutschland.¹⁶

In Russland, Kasachstan, der Ukraine und weiteren Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion leben weiterhin über 600.000 Deutsche. In den vergangenen Jahren kamen jährlich rund 7.000 unserer Landsleute aus diesen Ländern zurück nach Deutschland.¹⁷

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen geeigneten Standort für ein Denkmal für die deportierten und ermordeten Russlanddeutschen im Zentrum Berlin auszuweisen und ggf. zu erwerben;
2. bei der Wahl des Standorts sowie bei den für die Errichtung des Denkmals zur Verfügung gestellten Mittel sowohl der besonderen Leistungen als auch der geschichtlichen Tragik der russlanddeutschen Landleute Rechnung zu tragen;
3. eine Ausschreibung auszuloben und für die Einreichung von Entwürfen eine Frist von einem Jahr zu setzen, beginnend nach dem Tag, an dem der Deutsche Bundestag diesen Antrag angenommen hat;
4. eine Auswahlkommission zu bilden, der je ein Vertreter der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen und je ein Vertreter der Selbstverwaltungsorgane der Russlanddeutschen in Deutschland, Russland und Kasachstan angehören;
5. den 28. August 1941, den „dunkelsten Tag“ der Geschichte der Russlanddeutschen, künftig mit einer Gedenkstunde zu würdigen und die Bundeseinrichtungen entsprechend beflaggen zu lassen¹⁸;
6. Initiativen zu unterstützen und ihnen ggf. hinreichende Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, dass in den Aussiedlungsgebieten (Russland, Kasachstan, Ukraine und weitere Länder des postsowjetischen Raums)

14 <https://www.russlanddeutsche.de/de/russlanddeutsche/geschichte/aus-der-geschichte-der-russlanddeutschen.html>; s. auch <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/russlanddeutsche/>

15 hierunter werden alle Deutschen in den Nachfolgestaaten der UdSSR verstanden, s. hierzu <https://www.russlanddeutsche.de/de/russlanddeutsche/zur-definition.html>

16 https://www.aussiedlerbeauftragte.de/Webs/AUSB/DE/themen/vertriebene/vertriebene-node.html?jsessionid=707AEC7B16E333C7223ABB0ADD6677E6.1_cid287; s. auch <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/russlanddeutsche/>

17 https://www.bva.bund.de/DE/Services/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/Monatsstatistik/2a_Monatsstatistik.html?jsessionid=2EF02F65686872A4BDB80EB662A5762F.intranet261?nn=45502

18 <https://www.protokoll-inland.de/Webs/PI/DE/nationale-gedenk-feiertage/nationale-gedenk-und-feiertage-node.html>; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/der-dunkelste-tag-1955422>

Denkmäler errichtet und dauerhaft gepflegt werden, die an die Verfolgung und Deportation der Russlanddeutschen erinnern.

Berlin, den 8. Oktober 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.